

Zum Schaden des Landes

Hessen: „Wütende Beamte“, FR-Region vom 27. Mai

Nicht nur die Beamten im Land Hessen sind unzureichend versorgt. Den ehemaligen Angestellten im Land Hessen ergeht es noch schlechter, wie an meinem Beispiel zur Rentenerhöhung im öffentlichen Dienst).

Bei meiner Einstellung als angestellter Lehrer (die Hochschulgesetzgebung war gerade erneuert worden) in den öffentlichen Dienst Anfang der 70er Jahre wurde mir eine vergleichbare Rente wie den vergleichbaren Beamten versprochen. Es galt der Tarifvertrag von 1961. Nach 32 Jahren oder 38 Dienstjahren ging ich in den Vorruhestand und anschließend in Rente, nach 46 Beitragsjahren in der DRV. In der Zwischenzeit wurde mit Hilfe der Gewerkschaft der Tarifvertrag von 1961 gekündigt und rückwirkend durch einen neuen Tarifvertrag ersetzt. Die Bemessungsgrundlage wurde systematisiert, die Beihilfe im Krankheitsfall gestrichen. Ein Klageverfahren bis zum Bundesgerichtshof war wenig erfolgreich. Gleichzeitig wurde im Betriebsrentengesetz ein Passus für den öffentlichen Dienst eingeführt.

Die jährliche Rentenerhöhung wurde im Tarifvertrag mit einem Prozent seit dem Jahr 2001 festgeschrieben, ein Nachholen der Teuerung in den Folgejahren kann unterbleiben. Dies hat zur Folge, dass ich seitdem eine Rentenerhöhung von rund 23 Prozent bekommen habe und mich über den Tisch gezogen fühle. Die Deutsche Rentenversicherung hat in diesem Zeitraum die Renten um rund 70 Prozent erhöht!

Im Nachhinein betrachtet ist es völlig klar, dass sich kein Ingenieur mehr für Infrastrukturprojekte beim Arbeitgeber Land Hessen in verpflichtet. Den Schaden hat die Allgemeinheit.

Walter Vaupel, Neustadt a. d. W.

Tagelang blockiert

Zu: „Badezeit fürs Grüngürteltier“, FR-Region vom 15. Februar

Verärgert hat mich in dem kurzen Text der vielleicht launig gemeinte Satz: „Schuld am zähen Fluss sind aber keine Klimakleber.“ Diesen Satz habe ich in der Fastnacht im Übermaß gehört – und leider durchweg gehässig gemeint. Keine Form des friedlichen demokratischen Protestes wurde ungerechtfertigter angegriffen wie diese. Dies unreflektiert zu wiederholen enttäuscht mich von Ihrer Zeitung. Schuld am zähen Fluss sind – was? – die Bauern, die vergleichbar mit ihren Traktoren die Straßen tagelang blockiert und lange Staus verursacht haben? Klingt nicht launig genug? Mehr Vorsicht mit „Witzen“ auf Kosten von politischen Minderheiten, bitte!

Luitgard Kirfel, Wiesbaden



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240611

FR ERLEBEN

Georg Leppert moderiert das Gespräch „Fußball und Glaube“ mit Stadionspfarrer Eugen Eckert. Veranstaltung der Katholischen Erwachsenenbildung zur Fußball-EM.
Freitag, 14. Juni, jeweils 18 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem Roman „Noah schläft“ im Rahmen der Wolfegger Kulturnacht und im Wechsel mit anderen Autorinnen und Autoren des Verlags Sparkys Edition. Mit Live-Musik, Kunstausstellung und Cocktails.
Samstag, 15. Juni, 19 Uhr Orangerie im Hofgarten Alttanner Str. 9, Wolfegg/Allgäu

Georg Leppert moderiert das Gespräch „Fußball und Wirtschaft“ mit Eintracht-Vorstand Philipp Reschke. Veranstaltung der Katholischen Erwachsenenbildung zur Fußball-EM.
Sonntag, 18. Juni, 18 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit der früheren Punk-Sängerin Yasmin Sibai über ihr Buch „Punked“.
Donnerstag, 20. Juni, 19 Uhr DenkBar, Spohrstraße 46a Frankfurt

Georg Leppert moderiert das Gespräch „Fußball und queer“ mit Dario Minden, Vorstand der Eintracht-Fanabteilung.
23. Juni, 18 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Boris Rheins Politik ist ideologisch geprägt

Landespolitik: „Es muss etwas passieren“ und zu „Ping-Pong zwischen Wiesbaden und Berlin“, FR-Region vom 27.5. und 6.6.

Schade, dass die SPD diesen Weg mitgeht

Der Ministerpräsident der neuen hessischen Regierung hat im Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 27. Mai behauptet, die Landesregierung würde nun Realpolitik statt ideologischer Politik machen. Das Gegenteil ist der Fall: Diese Regierung verschließt die Augen vor den drängendsten Problemen der Zukunft und beschäftigt sich mit Scheinthemen.

Den Wolf wieder in das Jagdrecht zu übernehmen, löst das Problem der Schafhalter nicht. Wir sind ein superreiches Land und sollten die Landwirte bei Schutzmaßnahmen für ihre Herden unterstützen und die seltenen Riss-Schäden finanziell ausgleichen können. Außerdem sollten wir uns über die Rückkehr der Wölfe freuen. Was würde Herr Rhein sagen, wenn in afrikanischen Ländern plötzlich auf Elefanten oder Löwen geschossen würde? Und nein: Wölfe werden Menschen nicht gefährlich – das ist Ideologie!

Gendersprache: Die CDU betätigt sich hier als Verbotspartei und will den Menschen diktieren, wie sie zu schreiben haben. Damit schließt sie Menschen aus. Niemand ist für einen Zwang zum Gendern eingetreten. Genderte Sprache ist aber gelebte Inklusion – die neue Regel grenzt aus!

Abkehr vom FSC-Siegel: Damit können alte Buchenwälder wieder abgeholzt werden. Diese Politik gefährdet unsere Biodiversität und altes Kulturgut – aus einem ideologischen Verständnis von Forstwirtschaft!

Es gäbe noch unzählige Beispiele aus dem Koalitionsvertrag aufzuführen und auch aus dem ersten Regierungshandeln. Das würde aber den Rahmen sprengen. Und es steht auch noch in der FR vom 29.5., dass die Fahrzeuge des Fuhrparks der Landes-

regierung zum großen Teil vom Elektroauto auf einen Hybrid-Antrieb umgestellt werden sollen! Ich wollte eigentlich keinen Leser*innenbrief (ja, bewusst gegendert!) zu dieser Regierung schreiben – aber es wird ja immer verrückter: Bereits beschlossene Fortschritte für eine Mobilitätswende zurücknehmen! Der Autoindustrie hilft das übrigens gar nicht. Das soll Realpolitik sein?

Schade, dass die SPD sich verkauft und diesen Weg in eine Politik der Vergangenheit mitträgt. Wendel Burkhardt, Frankfurt

Die Armen werden sich über Rheins Gaben freuen

Im Interview wird von der Frankfurter Rundschau gefragt: In Hessen ist jedes vierte Kind von Armut bedroht, was tun Sie dagegen? Antwort Rhein: Das Beste, was man für von Armut betroffene Kinder tun kann, ist, ihre Eltern in Arbeit zu bringen. In Hessen führen wir außerdem das Hessengeld ein ... Frage: Aber das hilft doch armen Kindern nicht. Die sind froh, wenn ihre Eltern die steigenden Mieten bezahlen können. Antwort Rhein: Eigentum zu schaffen ist die beste Altersvorsorge.

Dagegen einige Fakten: „In Hessen waren im vergangenen Jahr (2022) 1,1 Millionen Menschen von Armut betroffen – 18,1 Prozent der Bevölkerung“ (FR vom 16.10.2023). „16,8 Prozent der Menschen in Deutschland – oder 14,2 Millionen Menschen – müssen für das Jahr 2022 als einkommensarm bezeichnet werden ... Mehr als ein Viertel der 14,2 Millionen ist erwerbstätig, ein weiteres knappes Viertel ist in Rente und mehr als ein Fünftel sind Kinder. Nur knapp fünf Prozent sind erwerbslos.“ (Paritätischer Armutsbericht vom 2024).

Festzuhalten ist: „Das reichste Zehntel der erwachsenen Be-

völkerung besitzt inzwischen mehr als 60 Prozent des gesamten Privatvermögens. Dagegen haben zwei Drittel fast gar nichts“ (Hans Böckler Stiftung). „31,9 Prozent der Bevölkerung war nach Angaben des Statistischen Bundesamts nicht in der Lage, spontan 1150 Euro oder mehr aus ihrem Budget zu stemmen“ (Der Spiegel).

Zur Abhilfe weist Boris Rhein auf das Hessengeld hin, sagt aber nicht, dass es das Hessengeld nur für den Kauf der ersten selbstgenutzten Immobilie gibt. Diese muss in Hessen liegen, und es muss Grunderwerbssteuer dafür gezahlt werden. Da werden sich die Armen aber freuen!

Wenn man sich die Zahlen anschaut, dann hätte Boris Rhein im Interview auch gleich sagen können: Die Lage der armen Menschen in diesem Land ist mir gleichgültig. – Das ist zynisch und respektlos!

Manfred Heinzmann, Mörfelden-Walldorf

Da hat sich das Klima aber schwer geschnitten

Während die Kleinmütigen und Verzagten landauf landab ängstlich fragen: Was haben wir aus den Wetterkatastrophen – dem Weihnachtshochwasser im Norden, dem Frühsommerhochwasser im Süden – gelernt und welche Konsequenzen sind zu ziehen?, gibt Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) mit seinem Einsatz für mehr Autobahnen im Stil des unerschrockenen Machers seine knackigen und klaren Antworten: Nichts und keine.

Wenn das Klima glaubt, es könne mit seinem Wüten einen wie Boris Rhein beeindrucken, dann hat es sich schwer geschnitten. Für ihn gilt frei nach Walter Ulbricht: Den Boris in seinem Lauf, hält weder Ochs noch's Klima auf.

Hans Möller, Frankfurt

Anderswo fehlt das Geld

Zu: „Wettbewerb für Haus der Demokratie“, FR-Region vom 3. Juni

Meine Idee – und die aller meiner Frankfurter Freunde und Bekannten – lautet: *Kein* (weitere) „Haus der Demokratie“!

Wie auch aus den Beiträgen von FR-Autor Florian Leclerc hervorgeht: Es gibt bereits zahlreiche Orte der Demokratie in der Frankfurter Innenstadt, von der Evangelischen Akademie, dem Historischen Museum, dem Stoltzemuseum bis zum Haus am Dom! An erster Stelle natürlich die Paulskirche selbst, die neben der Dauerausstellung durchaus für weitere, interaktive „Live“-Veranstaltungen geöffnet und „bespielt“ werden könnte.

Wichtiger und sinnvoller, als für ein weiteres, vor allem repräsentatives Gebäude viel Geld zu investieren – und dafür einen großen Teil des Platzes, mit seinem wertvollen Platanenbestand, zu opfern! – wäre es, Orte zur Förderung bzw. Erzie-

hung zu und Erprobung von demokratischem Handeln in weniger privilegierten Stadtteilen einzurichten bzw. zu fördern: zum Beispiel Jugendhäuser, für die laut anderen Berichten in der Frankfurter Rundschau das Geld fehlt.

Schließlich ist der Paulsplatz einer der ganz wenigen schönen und lebendigen Plätze in Frankfurt. Der Platz ist damit selbst ein Ort demokratischen Lebens, Treffpunkt zu oder nach Demonstrationen – oder einfach auch der Kommunikation (nicht nur auf den gastronomischen Flächen). Ein weiteres großes Gebäude außer der Paulskirche würde sowohl den Platz als auch das historische Gebäude nicht nur optisch entwerten. Ein solches Gebäude braucht Platz um sich; der vorhandene sollte so wie er ist unbedingt erhalten werden.

Christine Bierbach, Frankfurt

Mehr Verkehr, mehr CO₂

A5: „Zehn Fahrspuren von Frankfurt nach Friedberg möglich“, FR v. 6.6.

An Ignoranz nicht zu überbieten sind die Pläne der neuen Landesregierung, Autobahnen weiter auszubauen. Sind die Politiker dieser Regierung blind und taub? Ist es ihnen egal, ob unsere Kinder eine Zukunft haben? Statt alles zu tun, um den Klimawandel zu stoppen, treiben sie ihn an durch den Ausbau von Autobahnen, was mehr Verkehr und mehr CO₂ verursacht. Frankfurt ist jetzt schon von Feinstaub und Lärm hochbelastet. Statt Geld für Autobahnen auszugeben, sollte man das Geld in den ÖPNV investieren. Man könnte das Gehalt von Bahn- und Busfahrern erhöhen, um mehr Personal zu gewinnen etc. Ich erwarte von den Vertretern des Volkes, dass sie die Interessen des Volkes und nicht der Autolobby vertreten.

Claudia Caglayan, Frankfurt